



Rathaus Umschau

Dienstag, 18. April 2023

Ausgabe 074

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Kampagne „München gegen Hass – Kein Raum für Hate Crime“	4
› Medaille „München leuchtet“ für Gertraud Wicht	8
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 8	9
› Öffentliche Sitzung des Mieterbeirats der Stadt München	10
Antworten auf Stadtratsanfragen	11
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 19. April, 18 Uhr, Maximilianeum, Max-Planck-Straße 1

Bürgermeisterin Katrin Habenschaden spricht ein Grußwort zur Veranstaltung „110 Jahre Modellbauer-Innung Südbayern und Freisprechungsfeier“.

Wiederholung

Mittwoch, 19. April, 18.30 Uhr, Ausbildungshotel St. Theresia, Hanebergstraße 8

Stadträtin Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort zur Eröffnung des 73. Blumenschmuckwettbewerbs.

Wiederholung

Mittwoch, 19. April, gegen 19 Uhr, Münchner Haus der Schüler*innen, Brienner Straße 59 (Veranstaltungsbeginn 18 Uhr)

Bürgermeisterin Verena Dietl gratuliert der StadtschülerInnen-Vertretung zum 15-jährigen Jubiläum und überreicht die Glückwünsche im Namen der Stadt für diese wichtige Einrichtung, die Münchens Schüler*innen gegenüber Öffentlichkeit und Politik vertritt.

Freitag, 21. April, 18 Uhr, Therese-Giehse-Halle der Münchner Kammer-spiele, Maximilianstraße 26

Bürgermeisterin Katrin Habenschaden spricht beim finalen Abschluss des Festivals „Female Peace Palace“ ein Grußwort. An der Assembly nehmen auch die Leiterin der Kulturstiftung des Bundes, Katarzyna Wielga-Skolimowska, und Marieke Fröhlich, Ko-Vorstandsvorsitzende der deutschen Sektion der Women’s International League for Peace and Freedom, teil. Die Autorin Kristina Lutz und die Politikwissenschaftlerin Françoise Vergès diskutieren bei der von den Kammerspielen und der Monacensia organisierten Veranstaltung über feministische Außenpolitik.



Freitag, 21. April, 19.30 Uhr, Altes Rathaus, Marienplatz 15

Veranstaltung „Seventies Revisited“ zu Ehren von Jessica Iwanson mit einer Laudatio von Bürgermeisterin Katrin Habenschaden und einem Eröffnungsvortrag von Kulturreferent Anton Biebl. In Kooperation mit Munich Dance Histories und Iwanson International lädt das Kulturreferat zu einem Abend mit und über Jessica Iwanson und die Anfänge des zeitgenössischen Tanzes in München ein. Die schwedische Tänzerin, Choreographin und Pädagogin Jessica Iwanson kam vor 50 Jahren nach München und gründete ein Jahr später das Dance Center Iwanson, heute weltweit bekannt als Iwanson International. Die Veranstaltung findet mit geladenen Gästen statt.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail an kontakt@munich-dance-histories.de.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 25. April, 19 Uhr, Gaststätte „Zunfthaus“, Saal, Thalkirchner Straße 76 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt).

Dienstag, 25. April, 19.30 Uhr, Sozialbürgerhaus, Sitzungssaal, Meindlstraße 14 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling-Westpark). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 25. April, 19.30 Uhr, Kultur im Trafo, Nymphenburger Straße 171 a (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen-Nymphenburg).

Dienstag, 25. April, 19.30 Uhr, Oskar-von-Miller-Gymnasium, Ungererstraße 191 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann).

Dienstag, 25. April, 19.30 Uhr, Gehörlosenzentrum, Lohengrinstraße 11 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen).

Dienstag, 25. April, 19 Uhr, Technisches Rathaus, Friedenstraße 40 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Dienstag, 25. April, 19.15 Uhr, Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf-Perlach).

Dienstag, 25. April, 19.30 Uhr, Gaststätte „Gartenstadt“, Naupliastraße 2 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing-Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 25. April, 19 Uhr, Aula der Grundschule an der Grandlstraße 5 (rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 21 (Pasing-Obermenzing), Bezirksteil Obermenzing. Die Versammlungsleitung Stadtrat Christian Müller, Vorsitzender der SPD/Volt-Fraktion, und der Bezirksausschussvorsitzende Frieder Vogelsgesang informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Frieder Vogelsgesang und ggf. Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und Stadt-Information.

Meldungen

Kampagne „München gegen Hass – Kein Raum für Hate Crime“

(18.4.2023) Heute startet in München eine breit angelegte Kampagne der städtischen Fachstelle für Demokratie gegen Hate Crime (Hasskriminalität). Die Kampagne ist eine Reaktion auf eine von der Stadt in Auftrag gegebenen repräsentativen Studie aus dem Jahr 2021, die aufgezeigt hat, dass viele Münchner*innen von Vorurteilskriminalität betroffen sind. Hate Crimes sind Straftaten, die auf Grund von Vorurteilen begangen werden oder bei denen Vorurteile eine Rolle spielen. Sie richten sich gegen Personen oder Gruppen wegen ihres Geschlechts, ihrer Sprache, ihrer

Religion, ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität, ihrer Behinderung oder chronischen Erkrankung, ihres Lebensalters, ihres sozialen Status oder aufgrund einer rassistischen, antisemitischen oder antiziganistischen Zuschreibung. Hasskriminalität kann sich in unterschiedlichen Ausprägungen zeigen: online (Hate Speech) oder offline, ausgehend von Fremden oder Bekannten, in Form von verbalen Angriffen, Sachbeschädigungen, aber auch körperlichen Angriffen.



*Bürgermeisterin Katrin Habenschaden (M.) stellt zusammen mit Münchens Polizeipräsident Thomas Hampel (li.), Dr. Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle für Demokratie (2. v.r.), und Vertreter*innen betroffener Communities die neue Kampagne der Stadt München gegen Hate Crime vor. (Foto: Michael Nagy/Presseamt München)*

Im Rahmen der Studie gaben 17 Prozent der Befragten an, dass sie Opfer einer vorurteilsmotivierten (Straf-)Tat geworden waren. In München äußert sich Hate Crime häufig in abwertenden Aussagen und abwertendem Verhalten gegenüber dem Opfer, in 8 Prozent der Sachverhalte aber legten die Täter*innen eindeutig rechtsextreme Verhaltensweisen an den Tag (etwa das Zeigen von Hakenkreuzen und anderen Hass-Symbolen). Die repräsentative Studie der Landeshauptstadt München von 2021 hat auch gezeigt, dass die Opfer von Hate Crime in München nur in sehr wenigen Fällen Strafanzeige stellen (9 Prozent). Ein wichtiger Grund dafür ist laut der Studie, dass in München wenig Wissen über Hate Crime vorhanden ist. Zugleich leiden viele Opfer dauerhaft unter den Folgen der Tat (40 Prozent). Mehr als die Hälfte der Befragten gab zudem an, nach der Tat keine Unterstützung erhalten zu haben. Und bei rund der Hälfte aller Hate-Crime-Taten

wird von den Zeug*innen weggeschaut. Als Orte, an denen Hate Crime besonders häufig stattfindet, wurden das Wohnumfeld (37 Prozent), der ÖPNV (25 Prozent) sowie der Arbeitsplatz (25 Prozent) identifiziert. Angesichts dieser Ergebnisse hatte der Stadtrat die Münchner Fachstelle für Demokratie beauftragt, eine Kampagne zum Thema zu entwerfen. Im Rahmen der Kampagne wird darüber aufgeklärt, was Hate Crime ist und wo und wie sich Betroffene Unterstützung holen können. Ziel der Kampagne ist es zudem, dass Opfer von Hate Crime konsequent Anzeige erstatten und mehr Münchner*innen Zivilcourage zeigen. Unterstützt wird die Kampagne vom Polizeipräsidium München sowie von der MVG und den städtischen Wohnungsgesellschaften.

Bürgermeisterin Katrin Habenschaden: „Hate Crime ist eine Bedrohung für unsere vielfältige und demokratische Stadtgesellschaft, für unser buntes München. Hasskriminalität verletzt Menschen in ihren elementaren Grundrechten, verunsichert das Umfeld der unmittelbar Betroffenen und beeinträchtigt zudem das weltoffene Lebensgefühl in unserer Stadt. Daher ist es notwendig, dass wir als Landeshauptstadt München gemeinsam mit Betroffenen deutlich machen: Es darf keinen Raum für Hate Crime in unserer Stadt geben.“

Polizeipräsident Thomas Hampel: „München hat eine bunte, moderne Stadtgesellschaft, geprägt von Toleranz und Vielfalt, aber Hasskriminalität ist ein ernstes Thema, das auch bei der Polizei München im besonderen Fokus steht. Im ständigen Austausch mit vulnerablen Gruppen stärkt die Münchner Polizei das Vertrauen der Menschen in unser Handeln. Dieser wichtige Austausch macht uns als Polizei zugleich ‚kulturell stark‘. Menschenverachtendem Verhalten tritt die Münchner Polizei entschieden entgegen. Die Bekämpfung von Hasskriminalität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher auch für uns von zentraler Bedeutung. Darum bitte ich alle Bürgerinnen und Bürger, sensibel zu sein und uns frühzeitig, beim geringsten Verdacht, zu informieren, damit wir Straftaten konsequent verfolgen und weitere Straftaten verhindern können. Jeder Hinweis hilft uns, München noch sicherer zu machen.“

Kern der Kampagne ist die Homepage www.muenchen-gegen-hass.de, auf der anhand von eingängigen Texten und anschaulichen Beispielen die zentrale Frage „Was ist Hate Crime?“ beantwortet wird. Zudem werden auf drei Unterseiten die Schwerpunkte der Kampagne passgenau und zielgruppengerecht aufbereitet: „Hol Dir Hilfe!“, „Zeig’s an!“ und „Zeig Zivilcourage!“. Als Werbemittel im Rahmen der Kampagne stehen Flyer, Plakate, Fahrgastwerbung, SharePics für die sozialen Medien und In-App-Werbung zur Verfügung.

Beworben wird die Kampagne vor allem an den besonders von Hate Crime betroffenen Orten in München, weshalb ab dem 18. April Spots

beispielsweise im Fahrgastfernsehen sowie auf den Infoscreens in den U-Bahnhöfen zu sehen sind. Zudem werden an solchen Orten die zentralen Informationen der Kampagne mittels In-App-Werbung direkt an die Münchner*innen ausgespielt.

Dr. Miriam Heigl, Leitung der Fachstelle für Demokratie: „Die Kampagne soll dazu beitragen, über Hate Crime in München aufzuklären und mehr Bewusstsein für die Vielschichtigkeit des Problems zu schaffen. Wir wollen zudem Betroffene ermutigen, sich bei Beratungsstellen Unterstützung zu holen und Strafanzeigen bei der Polizei zu stellen. Gleichzeitig wollen wir alle Münchner*innen, die Zeug*innen von Hate Crime werden, dazu aufrufen, nicht wegzusehen, sondern einzugreifen und solidarisch zu sein.“ Die Kampagne ist auch das Ergebnis intensiver Gespräche zwischen der Fachstelle für Demokratie und Vertreter*innen der besonders von Hate Crime betroffenen Communities, der Schwarzen Community, der Community der Sinti und Roma, muslimischen sowie jüdischen Münchner*innen. Pia Chojnacki: „Wir brauchen strukturelle Veränderungen, wenn wir wollen, dass Menschen zukünftig weniger von den unterschiedlichen Formen von Hate Crime betroffen sind. Ich, als Schwarze Frau, unterstütze die Kampagne, weil ich hoffe, dass sie ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür etabliert, dass viele Menschen von Hate Crime betroffen sind und es unbedingt struktureller Veränderungen bedarf. Diese Kampagne könnte der erste Schritt sein.“

Alexander Adler: „Nur wer sich integriert fühlt und Vertrauen in Staat und Behörden hat, kann auf Dauer Teil der Gesellschaft sein. Das gilt auch für die Münchner Sinti und Roma. Um zu beleuchten, wie viele Menschen sich aus welchen Gründen nicht an die Polizei wenden, braucht es Studien, um Missstände zu erkennen und dagegen etwas unternehmen zu können. Gleichzeitig verändern Kampagnen wie diese das Gefühl von Teilhabe bei den betroffenen Gruppen und verändern das Selbstbild, um sich auch als Teil der Bevölkerung gesehen zu fühlen.“

Michael Movchin: „Im Jahr 2021 gab es deutschlandweit 3.027 antisemitische Straftaten, aber die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Viel zu häufig werden antisemitische Beleidigungen, Drohungen oder Angriffe nicht zur Anzeige gebracht. Mit der Kampagne ‚München gegen Hass‘ wollen wir Jüdinnen und Juden ermutigen, dass sie Antisemitismus konsequent anzeigen.“

Nesrin Gül: „Hate Crime verletzt Menschen in ihrer Menschenwürde, indem sie aufgrund ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts oder anderer Merkmale diskriminiert oder angegriffen werden. Sie sind im Bus, auf der Straße, in der Schule, in den Betrieben, im Fitnessclub oder in der Nachbarschaft psychischer, verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt und trauen sich in den meisten Fällen nicht, dies zur Anzeige zu bringen. Hate Crime steht jedoch

klar im Widerspruch zu einer solidarischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft, daher begrüße ich die Kampagne der Stadt München sehr.“

Achtung Redaktionen: Fragen an die Fachstelle für Demokratie bitte per E-Mail an fgr@muenchen.de oder telefonisch unter 233-92642.

Medaille „München leuchtet“ für Gertraud Wicht

(18.4.2023) Für ihr beeindruckendes ehrenamtliches Engagement hat die Stadt München Gertraud Wicht jetzt mit der Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Bronze ausgezeichnet. Die 86-Jährige engagierte sich über Jahrzehnte in der Suchthilfe. Bereits 1987 war sie Mitbegründerin von „SOS Sucht ohne Strafe“. Die Organisation setzte sich, auch in Zusammenarbeit mit dem Suchthilfe-Verein Condrops, für eine bessere Versorgung Drogensüchtiger ein – etwa mit dem Ersatzstoff Methadon und geschützten Konsumräumen. Drogentote durch verunreinigte, gestreckte Drogen wollten die Helfer*innen so möglichst verhindern.



Bürgermeisterin Verena Dietl überreicht Gertraud Wicht die Urkunde und Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ (Foto: Michael Nagy/Presseamt)

Von 1991 an war Wicht neben ihrem Beruf als Altenpflegerin über 17 Jahre hinweg als ehrenamtliche Drogenberaterin im Telefondienst der Suchthotline München tätig, die vom Beratungs- und Therapiezentrum TAL 19 betrieben wird. Dort war sie rund um die Uhr im Einsatz, nahm Notrufe von Drogenabhängigen und deren Angehörigen entgegen und half dabei vielen Menschen in sehr schwierigen Situationen.

Darüber hinaus strickt Gertraud Wicht seit Jahrzehnten Socken für Bedürftige, die sie in der Kleiderkammer der Obdachlosenhilfe der Abtei Sankt Bonifaz und im Frauenobdach Karla 51 abgibt. Dort werden sie an Männer und Frauen ohne festen Wohnsitz verteilt. Mit ihren Handarbeiten hilft sie so bis heute hilfsbedürftigen Menschen in München.

Bürgermeisterin Verena Dietl zeigte sich bei der Übergabe der Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ an Gertraud Wicht im Rathaus sehr beeindruckt von diesem Engagement. „Sie waren immer für die Menschen da, die Hilfe am dringendsten brauchten, und haben dabei ein großes Herz gezeigt“, dankte sie Gertraud Wicht für ihren jahrzehntelangen Einsatz, den sie immer bescheiden im Hintergrund an den Tag gelegt habe. Dietl wies dabei auch darauf hin, wie frühzeitig Wicht und ihre Unterstützer*innen sich schon für eine fortschrittlichere Drogenpolitik eingesetzt hätten, für die die Stadt noch immer kämpfe – etwa für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.

An der Verleihung der Medaille „München leuchtet“ an Gertraud Wicht nahmen neben ihren beiden Söhnen und Wegbegleiter*innen auch Stadtrat Prof. Dr. Jörg Hoffmann (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) und Stadträtin Micky Wenngatz (SPD/Volt-Fraktion) sowie die stellvertretende Gesundheitsreferentin Dr. Susanne Hermann teil.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 8

(18.4.2023) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 8 (Schwanthalerhöhe) mit, dass die Bürgerversammlung des 8. Stadtbezirks am Dienstag, 2. Mai, 19 Uhr, in der Pausenhalle der Carl-von-Linde-Realschule, Ridlerstraße 26, stattfindet.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadträtin Mona Fuchs, Vorsitzende der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste. Zu Beginn informieren die Versammlungsleitung und die Bezirksausschussvorsitzende Sibylle Stöhr über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Verkehr im Stadtbezirk – aktueller Sachstand
 - Tempo 30 Ridlerstraße
 - Erweiterung von Fahrradstellplätzen
 - Verkehrsberuhigung
 - Schulwegsicherheit
 - Radwegverbindung in die Innenstadt (Schwanthalerstraße)
 - Behinderungen durch Baustellen (z.B. Schießstättstraße/Ecke Schwanthalerstraße)
 - Umverteilung öffentlicher Raum
2. Wohnungsnot – Gentrifizierung – aktueller Sachstand
3. Nutzung der Theresienwiese – aktueller Sachstand

- Querung der Theresienwiese während des Oktoberfestauf- und -abbaus
- 4. Lärmbelästigungen durch Verkehr und nächtliches Feiern – aktueller Sachstand
- 5. Müllsituation im Stadtbezirk – aktueller Sachstand
- 6. Erweiterung der Begrünung/Bäume im Stadtbezirk – aktueller Sachstand

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, die Bezirksausschussvorsitzende Sibylle Stöhr und ggf. Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und Stadt-Information.

Anträge, Anfragen und Abstimmungen

Anträge und Anfragen sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das Formular hierfür und weitere Infos finden sich unter www.muenchen.de/buergerversammlung. Das Formular wird auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Alle Besucher*innen, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger*in ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Süd der Bezirksausschüsse 6, 7, 8, 18 und 19, Meindlstraße 14, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls können in der Geschäftsstelle die Sitzungsvorlagen des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zur Behandlung der Anträge eingesehen werden. Zudem kann unter www.muenchen.de/newsletter-bv ein Newsletter zum jeweiligen Stadtbezirk abonniert werden, der aktuell über die Bürgerversammlung informiert.

Barrierefreiheit

Ein Gebärdensprachdolmetscherdienst steht zur Verfügung. Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht. Erklärungen zu der Bürgerversammlung in Leichter Sprache gibt es unter <https://stadt.muenchen.de/leichte-sprache/infos/buerger-versammlung-ls.html>.

Öffentliche Sitzung des Mieterbeirats der Stadt München

(18.4.2023) Am Montag, 24. April, 18.30 Uhr, findet im Großen Sitzungssaal des Rathauses die öffentliche Sitzung des Mieterbeirats der Stadt München statt. Gerhard Mayer, Leiter des Amtes für Wohnen und Migration im Sozialreferat, spricht dabei zum Thema „Wohnen in München“.

Mieter*innen können sich während der Sitzung zu Wort melden und ihr persönliches Anliegen vorbringen. Der Mieterbeirat ist ein ehrenamtliches



Gremium und setzt sich für die Belange von Mieter*innen ein, indem er zum Beispiel bei der Gründung von Mietergemeinschaften unterstützt.
Um vorherige Anmeldung bis spätestens Freitag, 21. April, per E-Mail an mieterbeirat.soz@muenchen.de wird gebeten.
Der Veranstaltungsort verfügt über einen rollstuhlgerechten Zugang.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 18. April 2023

Das Literaturhaus besser sichtbar machen!

Antrag Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU-Fraktion) vom
22.6.2016

München veranstaltet 2017 die „Lange Nacht des Buches“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar,
Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer (Fraktion Freiheits-
rechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten)) vom
6.12.2016

Über 7 Millionen Einsparen – 9 Euro Fonds statt Fahrtkostenzuschuss

Antrag Stadträtin Marie Burneleit (Die PARTEI) 6.12.2022

Das Literaturhaus besser sichtbar machen!

Antrag Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU-Fraktion) vom 22.6.2016

Antwort Kulturreferent Anton Biebl:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie beantragen, dass die Stadtverwaltung Maßnahmen ergreift, um das Literaturhaus München im Straßenbild der Stadt erkennbarer zu machen und seine Wirkmöglichkeiten am Salvatorplatz zu erweitern.

Der Inhalt Ihres Antrages betrifft damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Eine frühere Bearbeitung war aufgrund von sich vielfach verändernden Entscheidungsgrundlagen leider nicht möglich. Zu Ihrem Antrag vom 22.6.2016 kann ich Ihnen deshalb erst jetzt Folgendes mitteilen:

Sie beantragen, dass das Literaturhaus München die Genehmigung erhält, „Stelen oder z.B. eine Video-Installation zu errichten“, um die Sichtbarkeit des Hauses am Salvatorplatz zu erhöhen, sowie zu prüfen, ob der rückwärtige Teil des Platzes „für die Nutzung durch das Literaturhaus umgewidmet werden kann“. Sie begründen Ihren Antrag u.a. damit, dass die Fassade des Gebäudes nicht zur Bewerbung genutzt wird, sowie damit, dass der hintere Teil des Salvatorplatzes „ein Schattendasein fristet und wenig von Fußgängern frequentiert wird“. Deshalb wäre zu prüfen, ob diese Freifläche „für das Literaturhaus gewidmet werden kann, aber auch weiterhin jeweils eine öffentliche Durchwegung möglich bleibt“.

Inzwischen haben sich die Bedingungen entscheidend geändert. Die Fassade des Gebäudes wird zur Vorderseite (zwischen den Portalen der Gastronomie) mit großflächigen, farbigen Bannern geschmückt, die in Bild und Text auf Angebote und Veranstaltungen des Literaturhauses hinweisen. Die vielbesuchte Gastronomie („Oskar Maria“) lenkt so nicht mehr Aufmerksamkeit vom Literaturhaus ab, sondern wirkt im Gegenteil wie ein zusätzlicher Magnet. Außerdem verfügt die Gebäudefassade in Richtung des Eingangs zum Literaturhaus heute über einen fest installierten Info-Screen, der laufend aktualisiert wird. Weitere konkrete Maßnahmen wie etwa farbliche Markierungen des Pflasters oder die Aufstellung eines Bücher-

schranks bedürfen zunächst des Abschlusses der langen Bauarbeiten am Platz; gegenwärtig dauern sie an.

Diese Baustelle betrifft auch den zweiten Teil des Antrags. Von einem Schattendasein des rückwärtigen Teils des Salvatorplatzes kann kaum mehr die Rede sein. V.a. in den Sommermonaten hat ihn die Stiftung/Literaturhaus bereits häufig als „Freiluftbühne“ bespielt. In Zukunft verspricht der Fokus auf das Literaturhaus zudem noch dadurch erheblich verstärkt zu werden, dass an gleicher Stelle die Errichtung eines Familie-Mann-Denkmal geplant ist. Das Literaturhaus ist mit Geschichte und Erbe der Familie Mann eng verbunden (u.a. über große Ausstellungen). In welcher Form das Denkmal und der Platz, der es umgibt, in die Konzeption der Stiftung/Literaturhaus einbezogen werden kann, hängt jedoch nicht nur von der Realisierung der Denkmalspläne ab, sondern auch von einer Wiederinstandsetzung des Platzes nach Abschluss der genannten jahrelangen Bauarbeiten (Hotel). Die jeweiligen und durch die Umgestaltung des Platzes mutmaßlich veränderten Interessen der Anrainer sowie der Öffentlichkeit sind gegenüber dem zuständigen KVR zu vertreten. Einer möglichen Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Nutzungen durch das Literaturhaus, wie sie dem vorliegenden Antrag noch vorschwebt, müsste eine solche umfassende Neubewertung vorausgehen.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

München veranstaltet 2017 die „Lange Nacht des Buches“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilinhofer (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten)) vom 6.12.2016

Antwort Kulturreferent Anton Biebl:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie beantragen, dass die Landeshauptstadt München eine „Lange Nacht des Buches“ veranstaltet – mit dem Ziel, das Lesen zu fördern.

Der Inhalt Ihres Antrages betrifft damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 6.12.2016 kann ich Ihnen leider erst jetzt Folgendes mitteilen:

Sie beantragen die Durchführung einer „Langen Nacht des Buches“, da in der multimedialen Welt das Lesen immer weiter zurückgedrängt werde. Das Augenmerk des Projekts solle daher auf den Bibliotheken mit ihren auch moderneren Formaten und Angeboten liegen sowie auf dem Literaturhaus München und der Stärkung des stationären Buchhandels, der ebenfalls miteinzubeziehen wäre.

Zieht man als Grundlage die „Lange Nacht der Bücher“ in München von 2002 heran, so zeichnet sich ein vergleichsweise aufwendiges Konzept ab – inkl. Shuttle-Bustouren, dutzender Veranstaltungsorte und mutmaßlich externem Projektmanagement. Mit Nachfrage und Zuspruch beim Münchner Publikum wäre zu rechnen, jedoch auch mit kritischen Aspekten, die sich aus den Erfahrungen von 2002 ergeben und entsprechend abzuwägen sind. Darunter fallen etwa die Fragen,

- ob sich das Medium Buch für jene Eventkultur des „Hoppings“ ähnlich eignet wie andere, hier bewährtere Sparten
- ob und ggf. wie z.B. die beteiligten Buchhandlungen mit Mitteln für die Ausrichtung ausgestattet werden könnten
- ob ihre (oft kleineren) Räumlichkeiten für zu erwartende Zuschauer*innenströme ausreichen
- ob ein Lesen „im Schichtbetrieb“ für die Autor*innen ein annehmbar attraktives Format darstellt



- wie die derzeit fehlende Finanzierung aussehen könnte; da die Landeshauptstadt nicht selbst als Veranstalterin auftreten kann bzw. muss, finden momentan Gespräche auch mit potentiellen Kooperationspartner*innen, Veranstalter*innen und Initiator*innen statt sowie Überlegungen zu einer möglichen Unterstützung.

Aufgrund der umfangreichen etwaigen Planung sowie anderer, vorher stattfindender Veranstaltungsprojekte – z.B. die Ausrichtung der „Münchener Schiene“ auf dem Literaturfest 2023 durch die Münchner Stadtbibliothek/Monacensia – wäre im Fall einer positiven Entscheidung mit einer Realisierung frühestens 2024 zu rechnen.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Über 7 Millionen Einsparen – 9 Euro Fonds statt Fahrtkostenzuschuss

Antrag Stadträtin Marie Burneleit (Die PARTEI) 6.12.2022

Antwort Personal- und Organisationsreferat:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Sie fordern das Personal- und Organisationsreferat und alle weiteren Referate auf, alle durch die Landeshauptstadt München gezahlten oder geförderten Fahrtkostenzuschüsse für den ÖPNV auf den 9 Euro Fonds umzustellen und nur noch 9 Euro im Monat auszuführen. Der Inhalt des Antrags betrifft teilweise die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Länder und liegt außerhalb der Zuständigkeit der Stadt München. Der Antrag wird daher nicht beschlussmäßig behandelt.

Zu Ihrem Antrag vom 6.12.2022 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Eine Umstellung des bisherigen Fahrtkostenzuschusses auf den vorgeschlagenen 9 Euro Fonds zur Begleichung von erhöhten Beförderungsentgelten bei Kontrollen, zum Ausbau ÖPNV sowie zur Umverteilung von Geldern für mehr Personal im ÖPNV liegt zum Einen nicht im Zuständigkeitsbereich der LHM und ist zum Anderen nicht zielführend. Die Landeshauptstadt München unterliegt dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung als Kernstück des Rechtsstaatsprinzips. Nach diesem Grundsatz sind alle Maßnahmen an Gesetz und Recht gebunden.

Die Erstattung von erhöhten Beförderungsentgelten käme einem Aufruf zu einer Straftat (§ 265a StGB – Erschleichen von Leistungen) gleich und ist für die Landeshauptstadt München keine Option.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 18. April 2023

Strategie zur Finanzierung städtisch genutzter Open-Source-Bibliotheken und -Software

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Nikolaus Gradl, Anne Hübner, Lars Mentrup, Felix Sproll, Mickey Wenngatz (SPD/Volt-Fraktion) und Beppo Brem, Judith Greif, Julia Post, Dr. Florian Roth, Sibylle Stöhr, David Süß (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Öffentliche Hundespielplätze auch in München

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Geldverschwendung oder konkreter Nutzen: Was bringt die von der PR-Firma Heller & Partner erstellte sog. ‚Studie‘ ‚Gender Living‘ den GEWOFAG-Mieter*innen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 18.04.2023

Strategie zur Finanzierung städtisch genutzter Open-Source-Bibliotheken und -Software

Antrag

Das IT-Referat entwickelt eine Strategie, wie städtisch genutzte Open-Source-Software (OSS) gezielt finanziell unterstützt werden kann, um die digitale Souveränität dauerhaft zu stärken.

Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

- Fortbestand und Pflege von Open Source Software/-Bibliotheken sichern
- Fehler (Bugs) beheben und Sicherheitslücken (Vulnerabilities) schließen
- Funktionale Weiterentwicklung unterstützen, damit städtische Anforderungen über sog. Feature Requests realisiert werden können
- (Mit-)Finanzierung von gezielten Sicherheitsprüfungen (security audits) und bug/vulnerability reporting

Die Ziele sollen primär über finanzielle Unterstützung der Entwicklungsteams realisiert werden. Kernidee ist, dass das IT-Referat – z.B. der künftige Open Source Hub – entscheidet, welche OSS-Pakete unterstützt werden. Die Auswahl soll unbürokratisch ohne Antrags-/Bewerbungsverfahren erfolgen. Bei Zuwendungen über 25.000 Euro ist der Stadtrat vorab zu befassen. Dem Stadtrat ist regelmäßig zu berichten. Die Finanzierung soll aus bestehenden Mitteln des IT-Referates erfolgen.

Begründung

Die Stadt München setzt in vielen Bereichen Open-Source-Software (OSS) ein. Der Fortbestand solcher Software finanziert sich nicht über Kauf. Vielmehr wird die Weiterentwicklung üblicherweise auf freiwilliger Basis unterstützt oder über Dienstleistungseinkauf (Anpassung / Support). Von dem Weiterbestand und der Pflege dieser Softwarepakete ist jedoch unmittelbar die Digitale Souveränität der LHM abhängig. Die langfristige Sicherung der Verfügbarkeit und Funktionalität von eingesetzter OSS liegt also im Kerninteresse der Stadt.

Bei mangelnder Finanzierung besteht die Gefahr, dass Open-Source-Software nicht nachhaltig gepflegt werden kann und sogar kurzfristig teure Ersatzbeschaffungen getätigt werden müssten, falls eingesetzte OSS überraschend nicht mehr einsetzbar sein sollte. Ein Beispiel dafür sind die Vorgänge rund um das Open Source Tool log4j.

Auch werden üblicherweise Bedarfe (Feature Requests) der Landeshauptstadt bisher nicht finanziell unterfüttert und deshalb auch nicht gezielt von Entwicklungsteams umgesetzt.

Es liegt also in starkem Interesse der Digitalstrategie der Landeshauptstadt eine nachhaltige, langfristige Entwicklung der Bibliotheken zu unterstützen und dabei auch eigene Bedarfe zu spezifizieren und gezielt vorantreiben zu können. Dies funktioniert in erster Linie über einen finanziellen Beitrag der Landeshauptstadt an die jeweiligen OSS-Entwicklungsteams.

Als Instrument diese Unterstützung koordiniert durchzuführen, haben sich im Open Source Bereich Fonds, sog. „Collective Funds“, entwickelt. Ob dies ein geeignetes Instrument ist, wäre zu untersuchen.

Es sollten signifikante Mittel aus dem bestehenden Haushalt des IT-Referats zur Verfügung gestellt und dies auch über Öffentlichkeitsarbeit / Sponsoringvereinbarungen nach außen dokumentiert werden.

gez.

Lars Mentrup

Felix Sproll

Nikolaus Gradl

Anne Hübner

Micky Wenngatz

Kathrin Abele

SPD/Volt-Fraktion

Judith Greif

Dr. Florian Roth

Julia Post

Beppo Brem

Sibylle Stöhr

David Süß

Fraktion Die Grünen-Rosa Liste



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.04.2023

Antrag:
Öffentliche Hundespielplätze auch in München

Auf zunächst einer öffentlichen Grünfläche (z.B. Ostpark, Westpark, Pasinger Stadtpark) wird an einer geeigneten Stelle ein abgegrenzter, aber öffentlicher Spiel-/ Trainingsplatz für Hunde eingerichtet. Bei der Ausgestaltung sollen vor allem natürliche Baustoffe (z.B. Baumstämme, Holz etc.) verwendet werden.

Wenn dieser erste Hunde-Spielplatz stark frequentiert wird, sollen in den nächsten Jahren weitere Standorte ausgestattet werden.

Begründung:

Auch Hunde brauchen in unserer immer stärker verdichteten Stadt Platz, um sich auszutoben und geistig wie körperlich gefordert und gefördert zu werden. In vielen sensiblen Gebieten ist für den Artenschutz aber eine Einhaltung der Hundeleinenpflicht vor allem zur Brutzeit der heimischen Singvögel wichtig.

Darum sollten öffentliche Agility-Trainingsgelände bzw. Hundespielplätze geplant werden, um einen Ausgleich zu schaffen. Durch geeignete, naturnahe Abgrenzungen (z.B. Weidenhecke) können die Hunde in einem geschützten Raum spielen und somit vermieden werden, dass sich andere Parkbesucher gestört fühlen.

In der Landkreis Gemeinde Aschheim gibt es bereits eine Hunde-Spielwiese mit Agility-Geräten, die sehr stark frequentiert wird. Daher sollte dieses Gelände bei der Ausgestaltung des Münchner Hunde-Spielplatzes als Vorbild dienen.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Planungspolitischer Sprecher
Nicola Holtmann, Stadträtin

Anlage: Quelle: alle Bilder/Grafiken Fraktion ÖDP/München-Liste, zur Veröffentlichung freigegeben.



**Fraktion Ökologisch-Demokratische Partei/München-Liste des Stadtrates
der Landeshauptstadt München (Fraktion ÖDP/München-Liste)**
Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 116 -118 • 80331 München
• E-Mail: oedp-ml-fraktion@muechen.de
• Telefon: 089 / 233 - 26922





An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 13.04.2023

Anfrage:

Geldverschwendung oder konkreter Nutzen: Was bringt die von der PR-Firma Heller & Partner erstellte sog. ‚Studie‘ ‚Gender Living‘ den GEWOFAG-Mieter:innen?

Im Zeitraum von 2016 bis 2021 hat die Lobbyisten-Agentur Heller und Partner im Auftrag der städtischen Wohnungsgesellschaft GEWOFAG die sog. Studie *Gender Living – Neue Wohntendenzen* erarbeitet. Die Studie präsentiert keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern vertont die Wünsche der Immobilienbranche.

Zudem wurde ein Imagefilmchen mit zahlreichen Immobilienunternehmern als Protagonisten gedreht und eine Podiumsdiskussion abgehalten, bei der Immobilienunternehmer:innen, Politiker:innen und Verwaltungsvertreter:innen anwesend waren.

Bezahlt hat die Studie die Landeshauptstadt München.

Wir fragen nun den Oberbürgermeister:

1. Die Ergebnisse der ‚Studie‘ namens ‚Gender Living‘ sind nicht gerade revolutionär. Manches ist Allgemeinwissen (‚Räume und Potenziale effizient nutzen‘), anderes entstammt wohl einem Wunschzettel der Immo-Branche (‚Günstiger Bauen durch schlankere Regularien‘). Welchen konkreten Nutzen hat diese so genannte ‚Studie‘ denn für die Landeshauptstadt München, die GEWOFAG und ihre Mieter:innen?
2. Mit wem auf Seiten der GEWOFAG und der Stadtverwaltung hat die Agentur vorab die Inhalte der ‚Studie‘ abgesprochen? Die Stadtverwaltung wird ja eingebunden gewesen sein, wenn die Stadt so horrende Summen für eine ‚Studie‘ zahlt.
3. Von wem und wie wurde und wird die ‚Studie‘ seit ihrer Erstellung verwendet, bei der GEWOFAG und der Stadt München?
4. Den Film nutzt die Agentur als Werbung in eigener Sache, weil potenzielle Neukunden darin sehen können, wie gut sie mit der Politik vernetzt ist. Er steht bis heute prominent auf der Firmen-Webseite, direkt unter zwei Filmen mit den CSU-Politikern Innenminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Aber worin liegt der konkrete Nutzen des Films für die Stadt, die GEWOFAG und den Wohnungsmarkt?
5. Wer auf Seiten der Stadt München hat die Inhalte des Werbefilms vor und während dessen Erstellung geprüft?
6. Auf dem Podium saßen neben dem Lobbyisten Stadträte der großen Fraktionen, Stadtbaurätin Merk, Vertreter von Immobilienverband BfW und Architektenkammer und ‚natürlich‘ Unternehmer Büschl. Wer hat diese Personen ausgewählt?

7. Wer hat die Personen, insbesondere die Immobilienunternehmer, ausgewählt, die zu der Veranstaltung eingeladen wurden?
8. Wie kann die Stadt künftig sicherstellen, dass Stadträt:innen und Verwaltungsmitarbeiter:innen nicht für die Zwecke von Immobilienunternehmern eingespannt und ausgenutzt werden können, und dann auch noch die Stadt dafür bezahlt?

Es wird darum gebeten, dass die GEWOFAG bei der Beantwortung dieser Anfrage nicht auf die Formulierungskünste der Lobby- und PR-Agentur zurückgreift.

Initiative:

Dirk Höpner, Planungspolitischer Sprecher
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Nicola Holtmann, Stadträtin

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 18. April 2023

**Förderprojekt „Mitanand“ von TUM, ride2go, goFLUX
und MVV gestartet**

Pressemitteilung MVV

**Biodiversität erhalten: Tierpark Hellabrunn ruft am
„Tag der Erde“ zum gemeinsamen Naturschutz auf**

Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Pressemitteilung

Pressestelle

Postfach 26 01 54, 80058 München
Thierschstraße 2, 80538 München

Tel.: (089) 210 33 - 224
Fax: (089) 210 33 - 288

E-Mail: presse@mvv-muenchen.de
Web: www.mvv-muenchen.de

München, 18. April 2023

Förderprojekt „Mitanand“ von TUM, ride2go, goFLUX und MVV gestartet

Am 1. April 2023 starteten die Technische Universität München, die ride2go GmbH, die goFLUX Mobility GmbH und die MVV GmbH das gemeinsame Projekt „Mitanand“, welches eine Verbesserung des Mobilitätsangebots des MVV mittels einer besseren Verknüpfung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit Angeboten von Personen, die Mitfahrgelegenheiten anbieten, zum Ziel hat. Das Projekt „Mitanand“ wird im Rahmen der Innovationsinitiative mFUND mit insgesamt rund 200.000 Euro durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert.

Die Mobilitätsbedürfnisse verändern sich, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind ein großes Thema, und die Digitalisierung schreitet voran – wodurch wiederum die Anforderungen an Routing, Information und Buchbarkeit von Mobilitätsangeboten zunehmen. Nun gehen die Technische Universität München, die ride2go GmbH, die goFLUX Mobility GmbH und die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH diese Herausforderung im Sinne einer besseren Vernetzung von Mitfahrangeboten mit dem ÖPNV und anderen Mobilitätsangeboten im Projekt „Mitanand“ an. Das Projekt ist auf eineinhalb Jahre, bis Oktober 2024, angelegt.

Mitfahrangebote sind vor allem für Menschen in dünn besiedelten Gebieten eine sinnvolle Ergänzung zum klassischen ÖPNV. Bisher konzentrieren sich Mitfahrportale allerdings hauptsächlich auf Langstrecken oder die Mobilität der Beschäftigten von Unternehmen. Im lokalen oder regionalen Kontext für die Pendler-, Alltags- und Freizeitmobilität existiert in Deutschland bisher keine nachhaltig erfolgreiche Lösung, die zudem auch in das ÖPNV-System integriert ist.

Im Projekt „Mitanand“ ist für den MVV-Raum daher die Integration eines Tools zur Bildung von Fahrgemeinschaften in die Mobilitätsplattform des



MVV geplant. Damit soll zudem ein intermodales Routing von Mitfahrangeboten und ÖPNV geschaffen werden. Außerdem sind ein gemeinsames Datenformat sowie die offene Bereitstellung dieser standardisierten Daten angedacht, die für alle Beteiligten nutzbar sind. Aus diesen konkreten Anwendungen soll ein übertragbares Konzept entwickelt werden, das die Voraussetzungen für eine spätere Integration in den MVV-Tarif sowie eine Tiefenintegration von Mitfahrgelegenheiten in den Münchner VerkehrsVerbund ermöglicht.

Über das Förderprogramm mFUND des BMDV

Im Rahmen des Förderprogramms mFUND unterstützt das BMDV seit 2016 Forschungs- und Entwicklungsprojekte rund um datenbasierte digitale Innovationen für die Mobilität 4.0. Die Projektförderung wird ergänzt durch eine aktive fachliche Vernetzung zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Forschung und die Bereitstellung von offenen Daten auf der Mobilithek. Weitere Informationen finden Sie unter www.mfund.de.“

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Pressemitteilung

Biodiversität erhalten: Tierpark Hellabrunn ruft am „Tag der Erde“ zum gemeinsamen Naturschutz auf

Am 22. April 2023 feiern die Vereinten Nationen (UN) den „Tag der Erde“, auch als „Earth Day“ bekannt. An diesem Tag soll daran erinnert werden, wie wichtig die gesellschaftlichen Bemühungen für Umweltschutz sind und welchen Beitrag jeder schon mithilfe von Kleinigkeiten leisten kann. Der Tierpark Hellabrunn appelliert zusammen mit dem Verband der Zoologischen Gärten für Bemühungen im Sinne des Naturschutzes im Alltag.

Der „Earth Day“ wird in Deutschland jedes Jahr am 22. April als „Tag für die Erde“ in verschiedenen Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Unternehmen, Verbänden und anderen Organisationen begangen. Im Zentrum dieses Tages steht der Gedanke, dass jeder noch so kleine Beitrag für den Naturschutz und zur Verringerung unseres ökologischen Fußabdruckes wichtig ist. Ob bienenfreundliche Bepflanzungen in Garten oder auf Balkonen, der Kauf von regionalen und saisonalen Produkten oder umweltfreundliche Entscheidungen im Transport- und Verkehrsbereich: Bereits kleine Bemühungen können einen entscheidenden Unterschied machen.

Naturschutz in zoologischen Einrichtungen in Deutschland

Zoos spielen eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung für den Umwelt- und Naturschutz. Die modernen Zoos des Verbands der Zoologischen Gärten e.V. (VdZ) setzen sich aktiv für den Erhalt bedrohter Arten und deren Lebensräumen ein. VdZ-Zoos allein zählen jährlich mehr als 40 Millionen Besuchende. Formale und informelle Bildung durch emotionale Wildtiererlebnisse und spezielle Angebote sind Bestandteil ihres Gesamtkonzeptes. Im Tierpark Hellabrunn wurde beispielsweise der Bereich „Mühlendorf“ als offizielles Projekt der ‚UN-Dekade Biologische Vielfalt‘ gewürdigt. Diese Ehrung wird von den Vereinten Nationen an Projekte verliehen, die sich in nachahmenswerter Weise für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen.

„Der Tierpark liegt eingebettet in den renaturierten Isarauen und damit mitten in einem Landschaftsschutzgebiet. Das ganze Areal ist als Teil des europäischen Fauna-Flora-Habitat-Gebiets (FFH) Oberes Isartal besonders geschützt, um hier vorkommende wildlebende Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume zu erhalten“, so Rasem Baban, Tierparkdirektor und Vorstand Hellabrunns über die besondere Lage des Tierparks und die notwendige Aufklärung rund um den notwendigen Naturschutz. „Für uns als Tierpark ergibt sich damit die Verpflichtung, sorgsam mit der großen Vielfalt heimischer Tier- und Pflanzenarten auf dem Gelände umzugehen. Dazu gehört auch die Pflege unserer Tiere in möglichst naturnahen Umgebungen mit vielen verschiedenen Elementen, die dem Tier an sich wie auch heimischen Tierarten zu Gute kommen und unsere Besucher für die Dringlichkeit von Naturschutz und Biodiversität sensibilisieren“, so Baban weiter.

Außerschulische Bildungsorte im Grünen

Die Zoos im Verband der Zoologischen Gärten zählen zu den besucherstärksten außerschulischen Bildungsorten im grünen Bereich. Verschiedene Studien zeigen, dass Zoobesuche einen positiven Einfluss auf das Wissen über Biodiversität haben und dass dieser Einfluss auch langfristig bestehen bleibt. Naturschutz sollte daher als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden, die auch kleine Gesten umfassen kann. Diese Bemühungen liegen in den Händen aller und müssen aktiv im Alltag umgesetzt werden, um zu verhindern, dass weitere Lebensräume, Tierarten oder ganze, bislang noch intakte Ökosysteme verschwinden.

Welchen Beitrag Besucher und Besucherinnen auch im Alltag für einen aktiven Umweltschutz leisten können, erklärt der Münchner Tierpark Hellabrunn auf seiner Webseite unter <https://www.hellabrunn.de/artenschutz/was-kannst-du-tun/artenschutz-im-alltag>.

München, den 18.04.2023 / 18

Weitere Informationen:
Sophia Zimmerling
Referentin für Presse & Social Media
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 62508-718
Fax: +49(0)89 62508-52
Email: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de
<http://www.facebook.com/tierparkhellabrunn>

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Verena Dietl, 3. Bürgermeisterin
Vorstand: Rasem Baban
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751